

Postdemokratie und Kälte auf Rädern: Ein Dialog über Politik und Klimawandel in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Jahre 2037¹

Michael Flitner, Heiko Garrelts

I.

Die Zukunft der Welt hängt auch davon ab, wie wir sie uns vorstellen und wie wir diesen Vorstellungen entsprechend, oder ihnen entgegengesetzt, handeln. Das Wissen um die prinzipielle Offenheit der Zukunft steht dem Glauben an Einfluss und dem Willen zur Gestaltung nicht entgegen, und so findet die Zukunft professionelles Interesse in verschiedensten Branchen, bei Versicherungsexperten und Weltmodellierern ebenso wie bei Trendforschern und politischen *think tanks*, die allesamt darauf zielen, die Risiken ihrer Klientel von deren (und ihren) Chancen zu trennen. Das geschieht in unterschiedlichen Mischungen von Extrapolation, Befragung und Phantasie, mal mehr und mal weniger seriös. An Fehleinschätzungen aus der Computerindustrie lässt sich beispielhaft illustrieren, wie sehr sich selbst ausgewiesene Experten in ihren Zukunftserwartungen täuschen können. „Die ganze Welt braucht nur vier oder fünf Computer“, soll IBM-Chef Watson Ende der 1940er Jahre orakelt haben. Und noch 1977 vermochte sich der Gründer und Präsident der Firma Digital Equipment Corporation, Ken Olsen, nicht vorzustellen, irgendjemand könnte einen Computer im eigenen Haus haben wollen. Solche Fehleinschätzung erheitert im Nachhinein. Sie macht zugleich klar, dass Prognosen wohl erst recht schwierig sein dürften, wenn sie nicht greifbar nahe technische Optionen betreffen, sondern komplexe gesellschaftliche, moralische oder politische Verhältnisse in einigen Jahrzehnten.

Was es heißt, in diesem Sinn im Jahr 2012 über das Jahr 2037 nachzudenken, lässt sich mit dem einfachen Gedankenexperiment durchspielen, hundert Jahre zurückzugehen, um von dort aus vergleichbar lange Zeiträume in den Blick zu nehmen. Gerade in Deutschland hätten wohl nur wenige, gleichermaßen finstere wie kühne Pessimisten im Jahr 1912 die Abfolge von Ereignissen und gesellschaftlichen Verhältnissen erwogen, die bis 1937 eingetreten ist, vom Ersten Weltkrieg bis zum NS-Faschismus. Zehn Jahre später war dann schon der nächste Weltkrieg vorüber. Man muss dieses Beispiel nicht weiter strapazieren; es legt uns jedenfalls nahe, bei eigenen Prognosen ebenso vorsichtig wie mutig zu sein, und uns vor allem mit einfachen Fortschreibungen nicht zufrieden zu geben.

¹ Zuerst erschienen als: Flitner, M., & Garrelts, H. (2012). Postdemokratie und Kälte auf Rädern: Ein Dialog über Politik und Klimawandel in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Jahre 2037. *Hannoversche Geographische Arbeiten*, 61 ('Nordwestdeutschland 2037', ed. by J.-F. Venzke), 66-73; die Seitenzahlen des Originals sind hier in eckiger Klammer eingefügt.

II.

Die Autoren des vorliegenden Beitrags sind Teilnehmer eines Projektes unter dem programmatischen Titel nordwest2050, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt die Anpassung der Metropolregion Bremen-Oldenburg an den Klimawandel forschend unterstützen soll. Das Projekt läuft über fünf Jahre (2009-2014) und soll Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse in der Region entwickeln. Schwerpunkte liegen in den Bereichen Energie, Hafen/Logistik und Ernährungswirtschaft; wesentliche Fragen beziehen sich zudem auf den Bereich der ‚Governance‘, d.h. der Erforschung von Politikprozessen in der Region und über diese hinaus, sowie der konstruktiven Weiterentwicklung bestehender Ansatzpunkte für regionale Steuerungsprozesse der Klimaanpassung (mehr unter: www.nordwest2050.de). Wie im Namen des Projektes enthalten, liegt dessen langfristiger Zielhorizont im Jahr 2050. Um eine ‚Roadmap of Change‘ oder jedenfalls Teiletappen auf dem langen Weg zur Anpassung an den Klimawandel konzipieren zu können, ist es für das Projekt hilfreich wenn nicht notwendig, einige Anhaltspunkte zu haben, was in den kommenden Jahrzehnten an breiteren politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen möglich oder denkbar ist. Politologen und politische Geographen werden dabei gefragt, wie man sich Politik oder Governance im Jahre 2050 vorstellen kann und wie sich gesellschaftliche Reaktionsweisen auf den Klimawandel hierin einfügen könnten.

[ab hier S. 77] Vor dem Hintergrund dieser Fragen wurde im August 2011 ein Workshop durchgeführt, im Zuge dessen 17 Expertinnen und Experten Rahmen- bzw. Kontextszenarien für die Metropolregion Bremen-Oldenburg erstellt haben (vgl. Winges et al. 2012). Dafür wurde ein breiter Möglichkeitsraum aufgespannt mit der Frage nach unterschiedlichen, denkbaren politischen Zukünften im Mittelpunkt. Es wurde also in explorativer Absicht gefragt ‚Was kann passieren?‘, in Abgrenzung zur prognostischen Frage ‚Was wird passieren?‘ und zur normativen Frage ‚Was soll passieren?‘ Zu diesem Zweck waren die wesentlichen Treiber der regionalen Entwicklung zu bestimmen und unter dem Blickwinkel einer hohen Relevanz (für die Region) bei gleichzeitig großer Unsicherheit bezüglich ihres Eintritts bzw. Wirksamwerdens zu gewichten bzw. zu selektieren (ebd.). Die Teilnehmenden einigten sich dabei im Laufe des Verfahrens auf eine Matrix mit zwei Achsen, deren eine unterschiedliche Formen von Staatlichkeit abbildet, die andere das Ausmaß einer sozial inklusiven Partizipation der Bürger und Bürgerinnen in den jeweiligen Gemeinwesen. Die folgende Abbildung gibt wenig abgewandelt die vier grundlegenden Szenarien wieder, die auf Basis dieser Unterscheidungen während des Workshops entwickelt wurden.

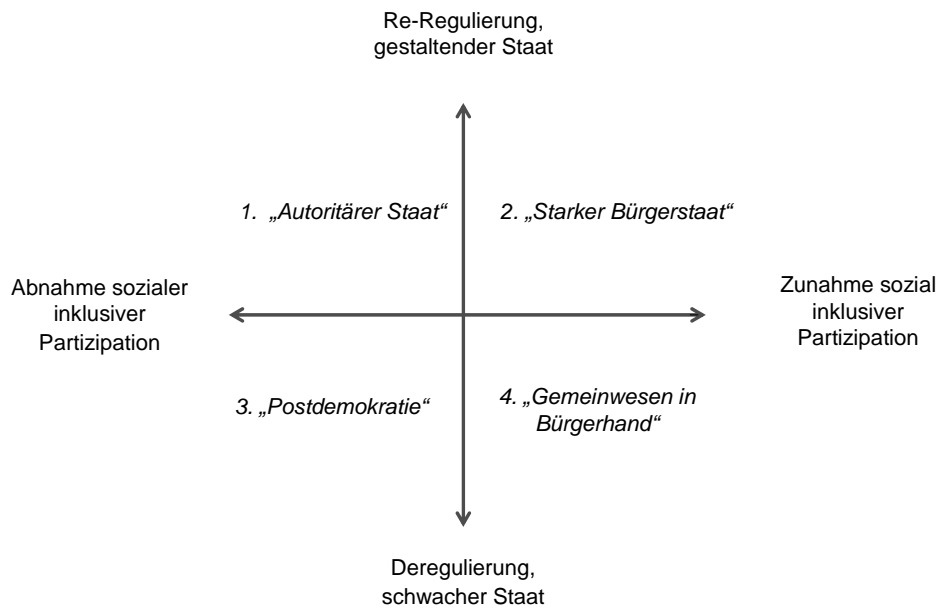


Abbildung 1: Politische Rahmenszenarien der Regionalentwicklung

Die Ausarbeitung zu diesen Szenarien (ebd.) liefert den Hintergrund und auch Teile des Materials zu den folgenden Ausführungen. Wir haben für die Darstellung hier eine dialogische und streng subjektive Form gewählt. Wir nehmen dabei die beiden Szenarien 1 und 4 (,Autoritärer Staat' und ,Gemeinwesen in Bürgerhand'), bzw. zwei Akteure, die darauf bezogene Positionen vertreten, zum Ausgangspunkt eines Streitgesprächs, das etwa im Herbst 2017 im politischen Mitternachtsmagazin ,Delta' eines öffentlichen Regionalsenders ausgestrahlt werden könnte.

III.

Moderator (M): Der Klimawandel, verehrte ,Delta'-Zuschauer, hat in den letzten Jahren zu globalen Problemlagen geführt. Die erschreckenden Bilder aus China, die sie gerade noch einmal gesehen haben, illustrieren das drastisch: Ganze Städte stehen dort seit Tagen unter Wasser. Wir wissen heute nicht, ob auch hier bei uns in der Metropolregion zukünftig mit solchen Ereignissen zu rechnen ist. Für die nächsten Jahre gehen wir nicht davon aus. Fest steht aber schon heute: Die Dynamik des globalen Klimawandels und seiner Folgen wird langfristig sein – schon allein deshalb, weil die schädlichen Treibhausgase so lange in der Atmosphäre aktiv bleiben. Eine Stabilisierung ist selbst bei einem weiteren Ausbau unterirdischer Gasspeicherung erst in Jahrzehnten zu erreichen. Wir wollen daher heute abend hier bei ,Delta' versuchen, 20 Jahre vorauszudenken in das Jahr 2037 und wir wollen überlegen, wie wir uns am Besten vorbereiten können auf die Zukunft des Klimawandels, insbesondere welche Weichen für diese Zukunft schon heute gestellt werden sollten. Wir haben dazu zwei Personen ins Studio geladen, die ich hiermit begrüßen darf: Herrn von Ettenburg, Mitgründer und Leiter der Advance Policy Consulting

in Bad Zwischenahn, sowie Frau Dr. Birksen, Vorsitzende der Deutschen Stiftung Bürgerwohl und bekannt geworden als innenpolitische Beraterin der Piratenpartei in den eben gescheiterten Koalitionsverhandlungen. -- Herr von Ettenburg, machen Sie bitte den Anfang: Was sind denn die größten politischen Herausforderungen, die Sie in den nächsten Jahren auf uns zukommen sehen?

von Ettenburg: Die größten Herausforderungen für die Politik sind seit Jahren dieselben, nämlich erstens die Finanzen und zweitens die Sicherheit. Lassen Sie mich dies plakativ sagen: Im Grunde ist das ein und dasselbe Problem, nämlich die Frage, wie wir die Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen, die wir im Zuge übertriebener Liberalisierung und Privatisierung verloren haben und auch nach der politischen Wende weiter verlieren. Steuerungsfähigkeit heißt für mich auch: *Steuerungswille*. Wir [S. 67/68] brauchen dazu natürlich auch wieder Politiker, die führen wollen. Die Krise der letzten Jahre ist ja einerseits dadurch entstanden, dass man in einem ultraliberalen Wahn verfallen ist und Aspekte wie Infrastruktur, Zuverlässigkeit und eben auch die innere und äußere Sicherheit nur noch privaten Anbietern überlassen hat. Gleichzeitig ist jeder markante Politiker bei uns zu Fall gebracht worden, oder ins Ausland vertrieben, so dass nun auch kaum noch jemand mit Charisma da ist, der uns den Weg weisen könnte, und den Staat wieder stärken. Stattdessen hat man die liberalen Projekte notdürftig neu aufgelegt oder gleich erklärten Systemkritikern wie der Occupy-Bewegung das Feld überlassen...

Moderator: Was heißt das nun im Hinblick auf unseren Umgang mit dem Klimawandel?

von Ettenburg: Wie ich bereits sagte, die Hauptprobleme liegen hier wie überall im Bereich der Sicherheit und der Finanzen. Der zunehmende Abbau des Staates drückt sich ja nicht nur in der Schließung von kommunalen Kinos oder Bücherhallen aus, sondern darin, dass der Staat die Kontrolle verloren hat über weite Teile der Infrastruktur. Das wurde schon vor fast zehn Jahren in der damaligen Deutschen Anpassungsstrategie angemerkt: mehr als 80 Prozent unserer gesellschaftlichen Lebensadern – ich meine hier die zentralen Infrastrukturen wie die Telekommunikations- und Informationstechnik oder die Autobahnen, die wir in großen Teilen schon dem Daimler-Konsortium überlassen haben – diese Adern werden zu mehr als 80 Prozent von privaten oder privatisierten Unternehmen betrieben oder gesteuert. Wenn die dann die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen verantworten – da lässt sich doch kein effektiver Schutz mehr für die Bürger herstellen! Das gilt genauso für die neuen terroristischen Bedrohungen wie für den Klimawandel. Denken Sie an unsere Offshore-Windenergieparks. Keiner hätte je gedacht, welcher enormer Aufwand an Überwachung und Sicherung da erforderlich sein würde. *Das* ist heute Verwundbarkeit im Klimawandel! Ich bringe es einmal auf den Punkt: Um für die weitere Zukunft gut aufgestellt zu sein, brauchen wir heute wieder ein ‚Mehr‘ an Staatlichkeit im Sinne einer Re-Regulierung vieler Bereiche und neuer zentraler Kompetenzen. Das brauchen wir übrigens auch, um im Wettbewerb mit den anderen Metropolregionen bestehen zu können. Wir brauchen dazu auch neue und höhere Steuern, auch eine spürbare CO₂-Steuer des Bundes. Und die föderalistische Kleinstaaterei insgesamt muss ein Ende haben. Nur mit einem geschlossenen Nordstaat kann die Energiewende entschlossen geplant und vorangetrieben werden. Und nur sie wiederum bietet uns eine langfristige Versorgungssicherheit und zugleich die notwendigen ökologischen Entlastungen. Dafür müssen wir auch einmal durchsteuern können, wie das in China angesichts der Krise ja nun auch wieder geschieht.

Moderator: Frau Dr. Birksen...

von Ettenburg: Sehen Sie doch – ich komme zum Schluss: Viele Demokratien haben seinerzeit nicht einmal die schwachen Klimaziele von Kyoto erreicht. In Deutschland war das auch vor allem historisches Glück, weil die Industrie in der alten DDR unterging. Ich sage den Zuschauerinnen und Zuschauern eines: In den demokratischen OECD-Ländern ist in den letzten Jahren der CO₂-Ausstoß sowohl insgesamt wie pro Kopf immer noch weiter gestiegen. Wenn wir das nicht nach dem Ort der Erzeugung messen, wo das herkommt, sondern nach dem Verbrauch von Gütern, wo die letztlich hingehen, dann wird erst recht deutlich, was sich in den westlichen Demokratien abspielt. Und ich sehe gerade dort auch noch gar keine hinreichende Unterstützung für entschlossenes politisches Handeln. Mit anderen Worten: bei dem, was wir tun müssen gegen den Klimawandel wird man in den kommenden zwanzig Jahren einfach auch nicht jeden mitnehmen können. Demokratie will gelenkt sein.

Moderator: Frau Dr. Birksen – das Stichwort ist gefallen: „Durchsteuern.“ Sie haben in den jüngsten Koalitionsverhandlungen für die Piratenpartei ganz andere Konzepte in den Vordergrund gerückt: mehr Selbstorganisation und freiwillige Verbände, weiterer Abbau des Staates, mehr Freiheit und zugleich mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Bürger. Aber kann das aus Ihrer Sicht ausreichen, um den Herausforderungen des Klimawandels auch noch in zwanzig Jahren beizukommen?

Birksen: Ich will ihre Frage gleich direkt beantworten: Ja, das ist genau der Weg, den wir weiter und auch noch entschlossener gehen müssen. Aber lassen Sie auch mich zunächst kurz die grundsätzlichen Herausforderungen skizzieren, ehe ich auf den Klimawandel zurückkomme. Ich sehe in der Tat die Sachlage insgesamt etwas anders, als sie gerade geschildert [S. 68/69] worden ist. Es gibt Situationen, in denen wir bestimmte Aspekte des Staates durchaus gestärkt sehen wollen, so wie dies auf dem Höhepunkt der Finanzkrise vor zwei Jahren ja auch geschehen ist, jedenfalls temporär. Aber fast alle Banken sind auf gutem Wege in Kürze wieder auf eigenen Füßen zu stehen und nun muss auch wieder die Eigeninitiative gefördert werden, wie das ja schon geschieht. Es geht dabei gar nicht primär um Privatisierung und Liberalisierung, wie das oft verkürzt wird. Vielmehr geht es im Kern um uns, unsere Ideen, unsere Bürgerrechte und um das, was in den letzten Monaten unter dem Schlagwort Demokratie 3.0 diskutiert worden ist. Wir sehen heute die Chance, in eine ganz neue Phase für unser Gemeinwesen einzutreten. Selbstregulierung, Internet-Demokratie, Stärkung unserer Region: Das sind die drei Konzepte, auf die wir bauen sollten und bauen müssen. Nicht einfach, weil wir den Staat nicht wollen, sondern weil wir ihn nicht brauchen, so wie er ist und weil wir es selbst besser können in einem freien Land. Schon heute werden ja gerade hier im Nordwesten große Teile der klassischen Sozialleistungen privat erbracht, da hilft die lange bürgerschaftliche Tradition gerade an einem Ort wie Bremen. Wir alle halten uns doch gern in dem herrlichen Bürgerpark auf – und der ist nun einmal nicht staatlich finanziert, sondern von einem privaten Verein. In Kürze soll auch die Universität umfassend privatisiert werden, unterstützt von der großen Mehrheit der Professoren, die sich nicht länger von der Landespolitik gängeln lassen möchte und auch sagt: „Wissenschaft hat mit Politik nichts zu tun“. Das sind Entwicklungen, die schon lange vor der jetzigen Krise begonnen haben und auch den Weg aufzeigen, wie wir mit dem Klimawandel umgehen können.

Moderator: Können Sie das noch konkretisieren? Hilft denn die Privatisierung bei der Anpassung an den Klimawandel?

Birksen: Nein, nicht auf die Privatisierung kommt es an, sondern auf die gemeinschaftliche Verantwortung, und da hilft die Privatisierung in vielen Fällen. Klimawandel braucht Wertewandel. Neue Ideen, aber zuerst und vor allem Wertewandel. Im Energiesektor heißt das Energieautonomie – erneuerbare Energien als kleine, saubere, individuelle Selbstversorgung. Da haben wir in den letzten Jahren ja schon enorme Fortschritte erzielt mit den Bürgerwindanlagen, den Bürgersolaranlagen usw. Je mehr es von ihnen gibt, desto unabhängiger werden Städte und Region von den früheren Energielieferanten und ihren Preisdiktaten, das heißt von den großen multinationalen Öl- und Gaskonzernen. Nur Energieautonomie macht diese Tendenzen unumkehrbar, und sie führt zu wahrer Demokratie – Bürger, die über ihr Umfeld selbst und souverän entscheiden. Gleichzeitig ist der Cluster Windenergie in der Region auch noch zum Wachstumspfeiler geworden, und zum Vorreiter des Energiewandels. Da passt also eines zum anderen. Aber ich gebe Ihnen auch gern ein Argument, das Ihre Frage unmittelbarer beantwortet. Ich meine die Deichverbände. Wer garantiert denn unabhängig von Themenkonjunkturen die Deichsicherheit, ist in der Fläche der Region verankert und macht damit seit langem einen wichtigen Teil regionaler Identität aus? Wer hat ganz maßgeblich dafür gesorgt, dass am Anfang dieses Jahrtausends die Klimaanpassung auf die regionale politische Agenda kam und administrative Routinen beim Küstenschutz aufgebrochen werden konnten? Das war der Deichverband am rechten Weserufer, hier in Bremen. Und, Herr von Ettenburg,

von Ettenburg: Einspruch!

Birksen: Lassen Sie mich mein Argument zu Ende bringen. Auch ich kann mich auf die politischen Programme der damaligen Regierung berufen: Die komplette erste Säule im Aktionsplan Klimaanpassung zielte doch von Anbeginn vor allem auf die lokale Ebene, auf die Kommunen und in noch stärkerem Maße auf die Selbstregulierung der privaten Akteure.

von Ettenburg: Es ist schon klar, worauf Sie hinauswollen...

Moderator: Herr Ettenburg, der Wertewandel hin zu mehr Eigenverantwortung, die regionale Identität – welche Rolle spielt das denn für Sie?

von Ettenburg: Wertewandel ist schön und gut, schafft aber weder Arbeit noch Sicherheit, noch hilft er den Finanzen. All das kann nur der Staat bewirken, für alle in gleichem Maße verbindlich und das auf Dauer. Und der Staat muss dazu seine Mittel ausschöpfen, ausbauen, und er muss erweiterte und neue Mittel an die Hand bekommen. Wir haben gesehen, wohin dieser so genannte Wertewandel [S. 69/70] führt. Die allgemeine und häufig ganz sachfremde Protesthaltung hat gerade hier in der Region schon reichlich Schaden angerichtet. Neue Kohlendioxidkavernen sind hier im Lande kaum mehr durchzusetzen, weil sie natürlich keiner haben will. Neue Bahnlinien sind schon längst nicht mehr zu bauen, obwohl wir sie dringend bräuchten, wenn wir eine vernünftige Politik für die Häfen und ihr Hinterland machen wollten aus einem Guss. Da hilft Ihnen der Bürgerwille nicht, und der angebliche Wertewandel gleich gar nicht. Wer sorgt denn für soziale Gerechtigkeit, soweit es sie noch gibt? Sponsoren finden Sie hier leicht für den Park oder für die Kunsthalle, aber auch für die Stromrechnung der ärmsten zehn Prozent? Da muss der Staat wieder ran. Und da sind wir auch gleich wieder bei der Sicherheit: an

der chinesischen Küste gibt es im Moment schon fast zwei Millionen Klimaflüchtlinge, hier werden wir auch nicht mehr lange warten müssen bis die Menschen aus Afrika...

Birksen: Ich will nun aber – ich dachte wir reden über Klimaanpassung?

von Ettenburg: Aber das gehört ja gerade dazu, Sie müssen sich ja nicht nur an die Temperaturen hierzulande anpassen, sondern auch an das, was diese anderenorts auslösen. Und das gilt doch umso mehr, wenn Sie gar keinen Staat mehr wollen, der das kontrollieren kann. Wir sind ja mit ihrer Nachbarschaftspolizei schon auf dem besten Wege dorthin.

Birksen: Das ist ein lokaler innenpolitischer Vorschlag unseres Berliner Senators und gehört hier auch nicht hin. Ich möchte...

von Ettenburg: Doch, es gehört genau hier hin...

Moderator: Herr von Ettenburg –

von Ettenburg: Es gehört genau hier hin, denn wer soll da diese Flüchtlinge denn stoppen oder auch nur lenken, wollen Sie auch eine internationale Nachbarschaftspolizei, oder einen privatisierten Wachdienst im Mittelmeer, die entscheidenden Probleme überlassen Sie einfach der Nachwelt.

Moderator: Frau Birksen, ich richte eine Frage an Sie, und möchte noch einmal konkret fragen, wo sie uns heute sehen auf dem Weg hin zur Klimaanpassung und welche politischen Grundlagen dafür aus Ihrer Sicht noch zu schaffen sind. Wo können und sollten wir da ansetzen?

Birksen: Ich denke zum einen, wir sollten nicht so aufgeregt hier diskutieren und uns ausreden lassen. Aber ganz sachlich zu ihrer Frage. Ich plädiere für einen Zuwachs an subsidiärer Selbstregulierung wo immer dies möglich ist. Ich denke, wir haben hier schon sehr starke Ansatzpunkte seit der Krise mit der Aufgabe des Bremer Haushalts. Unterstützen lässt sich dies, indem wir die Kommunikation und das Zusammenwirken der Akteure aus der Notverwaltung, der Zivilgesellschaft und der regionalen Wirtschaft verstärken und responsiver gestalten. Das können wir durch dezentrale Foren erreichen, durch interaktive Konsultationen und Online-Referenden, wie wir sie längst kennen, aber nach wie vor viel zu wenig nutzen. Damit stärken wir lokale Gemeinschaften, wir stärken den sozialen Zusammenhalt und wir schaffen mehr Demokratie. Ein zentrales Gewicht kommt dabei den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu: Erst wenn die Kommunikation zwischen BürgerInnen und den Strukturen der Metropolregion durch weitere Kanäle egalisiert wird, können sich die Bürger selbst und gegenseitig in dem Maß mobilisieren, wie dies angesichts der Herausforderungen nötig ist. Am Ende steht dann einerseits so etwas wie die ‚virtuelle Agora‘ – die aber den Fokus der Metropolregion hat, in Anlehnung an die Idee der Polis, ein Stadtstaat mit kleinem Territorium und kleiner Population. Immer größere Verbünde und immer mehr Supranationalisierung lehne ich ab. Das stärkt nur die Bürokratien. Andererseits haben wir verbesserte Mechanismen etwa der nachbarschaftlichen Hilfe und der gegenseitigen Solidarität, gerade im Hochwasserschutz ist das von großem Wert. Aber – lassen Sie mich dies noch hinzufügen: Das ist alles nicht umsonst zu haben. Wir haben in den letzten Jahren erfolgreich begonnen, die Auswüchse übertriebenen liberalen Denkens zu bekämpfen und damit auch den Werteverfall und die Überbetonung des Individuellen. Das geht auf der anderen Seite nur, wenn wir auch eine

erhöhte Eigenverantwortung bekommen in vielen Bereichen, was die Gesundheit angeht, die Altersvorsorge, und andere Bereiche. Da bieten sich hervorragende Ansätze, auch in der Metropolregion. Wegweisend sind da Einrichtungen wie die *London Resilience Partnership*, solche Ansätze, die wir nun auch hier etablieren ...

Moderator: Dazu kommen wir noch [S. 70/71]. Zunächst bitte kurz noch einmal einen Schritt zurück, Frau Birksen. Sie sprachen von sozialem Zusammenhalt. Wie lässt sich verhindern, dass es hier Mechanismen der Ausgrenzung gibt? Das frage ich Sie beide, mit der Bitte um eine kurze Antwort: Wie verfahren Sie mit Randgruppen, Gruppen, die sich Ihren Sichtweisen nicht anschließen können oder wollen?

Birksen: Sind die Bürgerinnen und Bürger erst einmal gut informiert und sehen all die Mitwirkungsmöglichkeiten, dann sind sie auch motiviert. Da bin ich ganz zuversichtlich.

von Ettenburg: Auch hier unterscheiden wir uns. Das von Ihnen immer noch so optimistisch beurteilte Medium Internet bietet Raum für alles, für vielen privaten Unsinn, wie wir alle wissen, auch für Straftaten, und letztlich erodiert es die Gestaltungspotenziale wichtiger Institutionen weiter, die wir zum Durchsteuern benötigen. Und was die so genannten Randgruppen angeht, so müssen wir dabei auch bedenken, dass für diese Gruppen eine Teilhabe von vorneherein schwieriger ist, weil sie die ökonomischen oder kulturellen Ressourcen einfach nicht haben, daran teilzunehmen. Und dann sind Sie wieder beim Staat. Nur der Staat hat den Überblick über all die Herausforderungen, kann da aussortieren, aber auch ausgleichen und übergeordnete Ziele konsequent verfolgen.

Moderator: Gut, da sind die Unterschiede klar geworden. Lassen Sie uns zum Schluss hier bei ‚Delta‘ noch über die Resilienz-Partnerschaft NordWest sprechen, die in den Koalitionsverhandlungen so viel Konfliktstoff geboten hat und jetzt auch von der Notverwaltung wieder aufgelegt werden soll. Worum geht es dabei, auch in Abgrenzung zur Klimaanpassung? Ist das eine Alternative?

Birksen: Die Resilienz-Partnerschaft geht zunächst davon aus, dass das Spektrum von Bedrohungen heute breiter angelegt ist, und nicht nur mit Starkniederschlägen oder dem Meeresspiegelanstieg umgegangen werden muss. Aufgrund der Unsicherheit und Komplexität verschiedener Bedrohungslagen fokussieren wir seit geraumer Zeit in ganz allgemeiner Form auf die Widerstandskräfte und auf das Vorbereitetsein auf alle Arten von widrigen Umständen - wie es im Englischen heißt: ‚be prepared‘! Und ich hatte ja vorhin schon angesetzt: ausgehend von den *London Resilience Partnerships*, die uns als Vorbild dienen, haben wir inzwischen auf Basis der Deichverbände Einrichtungen geschaffen, die um Gesundheitsorganisationen und -einrichtungen, Transportunternehmen, Vertretern der Bundeswehr, der Handelskammer, Freiwilligen-Organisationen sowie um lokale Behörden ergänzt worden sind. So bündeln wir das Wissen und die vorhandene Kreativität in der Region und agieren flexibel, auch im Bereich der Vorbeugung. Damit reagieren wir nicht zuletzt auf all die Defizite, die in den öffentlich-staatlichen Einrichtungen zutage getreten sind. Ich glaube, die Bevölkerung trägt das auch in großer Breite, das ist nur mit diesem sperrigen Namen anfangs schlecht verkauft worden, was ja auch erkannt worden ist von der Notverwaltung, und daher soll das zukünftig mit einer Reihe von wichtigen Verbesserungen und neuem Schwung unter dem Titel ‚Hanse-Partnerschaft‘ laufen.

von Ettenburg: Sicherlich sind die Bedrohungslagen vielschichtig, da stimme ich zu. Aber so beliebig ist das doch nicht, auf einen Vulkanausbruch brauchen Sie sich vorerst hier nicht

vorzubereiten (lacht). Wichtig erscheinen mir einige andere Punkte. Wie weit reichen denn Ihre „Kreativität“ und „Flexibilität“ bei Großunfällen, wie etwa bei den Bohrinseln, die nun im ehemaligen Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer errichtet worden sind? Was machen Ihre Netzwerke und wohlklingenden Partnerschaften bei neuen Pandemien oder bei toxischen Substanzen, die aus Laboren freigesetzt wurden? Und mit Verlaub, Sie werden doch da ganz unklar, wo Sie mit dem Fokus auf Vorbereitung und allgemeine Widerstandsfähigkeit gar nicht mehr die Verursacher der Risiken angeben, und auf die damit verbundenen Interessen hinweisen. Sie verlagern mit den Resilienz- und Hansepartnerschaften doch die Verantwortung für die *Bewältigung* von Extremereignissen auf die Schultern der Bürgerinnen und Bürger, ohne denen die nötigen Mittel an die Hand zu geben. Das ist für mich dann pure Ideologie: Wer zu Schaden kommt, Pech gehabt, der war nicht resilient genug, oder eben kein Hanse-Partner.

Moderator: Ja, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, der Klimawandel bleibt also ein kontroverses Thema und wird uns fraglos nicht nur hier bei ‚Delta‘ weiter beschäftigen. Bei den Studiogästen, Frau Dr. Birksen [S. 71/72], Herr von Ettenburg, darf ich mich für das anregende Gespräch herzlich bedanken.

IV.

Das fiktive Radiogespräch illustriert, dass Annahmen über Zukünfte stets eingebunden sind in weiterführende Sichtweisen, etwa über Annahmen bezüglich des ‚richtigen‘ Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, über die Bedeutung von Akteuren und angemessene politische Verfahren. Es geht auf einer darunter liegenden Ebene zudem explizit um Normen und Werte und entsprechende Prozesse des Wertewandels, um den Umgang mit Randgruppen und Konflikten, um die Einschätzung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Großen wie im Kleinen, sowie um das Verhältnis von Regionen zueinander. Diese und weitere Faktoren wurden in dem besagten Workshop als wichtige Treiber der Entwicklung in der Nordwest-Region identifiziert und im Rahmen der jeweiligen Szenarien situiert (vgl. Winges et al 2012). Wie gesehen neigt einer der beiden Gesprächspartner in der Sendung Sichtweisen zu, die in der Tendenz prägend sind für autoritäre Regime, etwa hinsichtlich des Legitimationsmusters, welches in unserem Fall u.a. politisch-situativer Art ist. In dieser Weise sind autoritäre Regime legitimiert, wenn die Bevölkerung durch ein solches Regierungsform ‚schlimmere‘ Entwicklungen – sei es im Kontext des Klimawandels, sei es im Kontext anderer Krisen – abgewendet sieht. Auf dieser Grundlage können unpopuläre Maßnahmen getroffen und durchgesetzt werden, gegebenenfalls auch gegen erhebliche regionale und soziale Widerstände. Im energiepolitischen Bereich stehen dementsprechend große, staatszentrierte Lösungswege offen, die mit erheblichen Eingriffen und infrastrukturellen Ausbauten verknüpft sind. Die Sichtweisen der Gesprächspartnerin kommen dagegen kommunitaristischen Vorstellungen über das ‚richtige Leben‘ nahe, betonen also die Gemeinschaft im Sinne geteilter Wert- und Moralvorstellungen sowie Traditionen. Diese werden als Grundlage für bürgerliches Engagement, für die Stärkung der Zivilgesellschaft oder für Strukturen der Selbsthilfe gedacht, der Hilfe von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde. Energiepolitisch stehen hierfür Ansätze mit starkem lokalen Bezug: kleine Bio-Brennstoffzellen im eigenen Wohnhaus, das Windrad im Garten oder sog. *low exergy solutions* – die Nutzung und der Transfer ohnehin vorhandener Umgebungs- und Abfallenergie etwa für die Erzeugung von ‚Kälte auf Rädern‘.

Während in diesen beiden Szenarien die angenommenen Ausprägungen von Staatlichkeit und von bürgerschaftlicher Teilhabe jeweils stark kontrastieren, haben die Teilnehmenden des besagten Workshops für das Szenario 2 („starker Bürgerstaat“) ein Arrangement angenommen, das zum einen von einem gestaltenden Staat ausgeht, der für ausgewählte Transformationsprozesse aktiv Prioritäten setzt, gleichzeitig aber auch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für ‚seine‘ Bürger bietet und diese förmlich verpflichtet, sich aktiv zu engagieren. Für eine Aufwandsentschädigung muss an sogenannten runden Tischen teilgenommen und über ein bestimmtes, gerade aktuelles politisches Thema beraten werden. Ausgewählte Bürger müssen sich hierfür über unterschiedliche Optionen sachkundig machen und in Gruppen Entscheidungsempfehlungen für die Region erarbeiten. Ein solches Szenario mobilisiert *per definitionem* die stärksten konstruktiven Energien: Die Metropolregion prosperiert und das Stigma des Armenhauses, das Teilen des Nordwestens einst anhaftete, gehört endgültig der Vergangenheit an. Insbesondere erbringt die Region gemäß der Ausarbeitung in erheblichem Umfang Energiedienstleistungen für andere Regionen Deutschlands.

Ganz anders im Szenario 3 („Postdemokratie“), in welchem die Demokratie in der Metropolregion hinter einer Fassade formeller demokratischer Prinzipien von privilegierten Eliten kontrolliert wird. Die Umsetzung wirtschaftsfreundlicher Politik führt dann zu einer ‚Kolonisierung‘ des Staates durch die Interessen von Unternehmen und Verbänden. In der Konsequenz werden Entscheidungen außerhalb der traditionellen demokratischen Kanäle gefällt. Politikwissenschaftler wie Colin Crouch oder Chantal Mouffe sprechen hier von ‚Postdemokratie‘. So folgt im Jahre 2050 die gesellschaftliche Organisation der Metropolregion Bremen/Oldenburg einem Muster, welches sich zum einen durch fortgeschrittene Privatisierung und Deregulierung ehemals staatlicher Aufgaben und zum anderen durch die Abnahme politischer Teilhabe der nur mäßig ausgebildeten Zivilgesellschaft auszeichnet. Politische Debatten abseits von Wahlen, welche ihrerseits nur geringen Einfluss auf die tatsächliche Politik haben, [S. 72/73] finden kaum statt, weitere Beteiligungsverfahren wurden weitgehend abgeschafft. Internetbasierte soziale Netzwerke und andere nichteinspurige neue Medien dienen der Unterhaltung, sie sind konsumorientiert und politisch bestenfalls wirkungslos. Regionale Identität dreht sich, wo überhaupt erkennbar, um symbolische Fragen, um Unterhaltung und dabei in erster Linie um Sport. Neue Konsumtrends bei der Mobilität oder bei der Ernährung sind vorhanden, bleiben aber marginal, nicht zuletzt weil sich die Medien, unter Kontrolle der wirtschaftlichen und politischen Eliten, zum Anwalt der ‚alten‘ Werte machen. Gleichzeitig nehmen die sozialen Disparitäten immer mehr zu. Eine Re-Solidarisierung und eine Renaissance kollektiver Formen, die den Wegfall früher gelebter Identitäten (z.B. Arbeiter) kompensieren könnte, bleiben jedoch aus.

V.

Eine gängige These bezüglich der Klimaanpassung lautet, spätestens seit dem letzten Report des Internationalen Klimarats, es müsse ‚umgesteuert‘ werden. So soll sich etwa auch die Metropolregion Bremen-Oldenburg während der kommenden Jahre vorausgreifend an die antizipierten Wirkungen des Klimawandel ‚anpassen‘. Diese auffordernden Aussagen klingen bei aller Unschärfe plausibel, wenn man an die Langfristigkeit der Treibhauseffekte denkt, an die verzögerte Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen und nicht zuletzt an die Kostendynamik

im Zeitverlauf. Der Deichbau ist das quasi selbst erklärende und konsensstiftende Beispiel, das hier im Norden gerne und häufig herangezogen wird. Jedoch mangelt es dem breiteren Anliegen an Klarheit bezüglich des Gegenstandsbereichs und der angesprochenen Subjekte. Unausgesprochen werden damit auf breiter Front gemeinsame Interessen, Werte und politische Absichten unterstellt, wo diese vernünftigerweise kaum angenommen werden können. Auch unser kurzer Gang durch die vier Szenarien kann nicht damit dienen, solche Gemeinsamkeiten herzustellen, und er hatte erklärtermaßen auch nicht die Absicht, die Wünschbarkeit oder Legitimität bestimmter politischer Zustände zu erörtern. Ohnehin scheint es fraglich, ob die Szenariotechnik hierbei nicht allzu holzschnittartig bliebe. Als reflexive Figur mögen unsere Szenarien zumindest dieses eine nachdrücklich in Erinnerung rufen: Wir sitzen nicht nur keineswegs in einem Boot, denn die zu erwartenden Wirkungen des Klimawandels variieren nach heutigem Wissen ganz entscheidend nach Regionen, Sektoren und gesellschaftliche Gruppen. Vor allem aber fahren dabei, um in der nautischen Metaphorik zu bleiben, unterschiedliche Besatzungen in kleinen und großen Booten unterschiedlicher Herkunft in ganz verschiedene Richtungen, wobei ihr Kurs zu allererst von ihren Fahrtzielen beeinflusst wird, sodann von ihrem Schiffsantrieb, von ihrem Geschick als Fahrtenlenker, auch von ihrem Durchhaltevermögen und nicht zuletzt von der Großwetterlage.

Danksagung:

Wir danken den Teilnehmenden des Nordwest2050-Workshops in Bremen sowie zwei kritischen Lesern des ersten Entwurfs.

Literatur:

Winges, M., Garrelts, H., Meincke, A., Grothmann, T., Grecksch, K., Flitner, M., et al. (2012). *Rahmenszenarien Governance für die Nordwestregion. Dokumentation des nordwest2050-Workshops. nordwest2050 17. Werkstattbericht (April 2012)*. Bremen, Oldenburg: Projektkonsortium nordwest2050.